



MYTHOS DES SIEGES: Russlands Geschichtspolitik seit 2000

Anna Kim

AUF EINEN BLICK

- ▶ Das mit dem Zerfall der Sowjetunion entstandene geistige Vakuum wurde nach 1990 mit einem Konzept kollektiver Identität gefüllt, die auf den patriotischen Zusammenhalt fördernden Geschichtsbildern aufbaut. An die Stelle des Marxismus-Leninismus trat ein auf das russische Imperium bezogener Nationalismus als Staatsideologie.
- ▶ Russische Geschichte wird als langer Fluss von Ereignissen und Entwicklungen mit hoher Kohärenz interpretiert. In diesem Fluss werden Brüche, allen voran die Revolutionen, negativ konnotiert und als feindliche Einmischung von außen dargestellt. Dabei wird Russland stets als Siegernation beschrieben, die aus allen Prüfungen ehrenhaft hervorgeht.
- ▶ Geschichte im Allgemeinen und vor allem den Siegesmythos nutzt die Kreml-Führung als wichtiges Instrument in den innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen. Der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland dient dabei als Gründungsmythos für das moderne Russland. Gerade die jährlichen Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai demonstrieren dies eindrucksvoll. Durch das Anknüpfen an die sowjetische Siegesymbolik und neue Rituale wie den „Marsch des Unsterblichen Regiments“ versucht Putin, Russlands globalen Machtanspruch zu festigen und zugleich für die verschiedenen Teile der Bevölkerung unabhängig von deren ethnischer, religiöser oder politischer Zugehörigkeit identitätsstiftend zu wirken.
- ▶ Das in den letzten Jahren verstärkt instrumentalisierte Narrativ vom Kampf gegen die angebliche Falsifizierung der Geschichte und der damit zusammenhängende „Kampf gegen die Faschisten“ steht in Verbindung mit der Erinnerung an den sowjetischen Sieg über den „Faschismus“ im Großen Vaterländischen Krieg. Dabei verfügt der so kultivierte Siegesmythos über ein erhebliches Mobilisierungspotential in der Gesellschaft. Zusammen mit der Wiederbelebung alter Feindbilder und der Vorstellung von der Leugnung des sowjetischen Sieges im Westen entwickelt der Mythos allerdings eine gefährliche Tendenz, nämlich, dass die abweichende Interpretation der Vergangenheit in die Vorstellung einer nationalen Erniedrigung und folglich existenziellen Bedrohung umgeformt wird.

INHALTSVERZEICHNIS

	Einleitung	4
1	Die „Russische Idee“	5
2	Der Mythos des Sieges	7
3	Die Geschichtspolitik des ersten Jahrzehnts	9
4	Verschärfung des geschichtspolitischen Kampfes	13
	Fazit	18
	Literatur	21

EINLEITUNG

Am 24. Februar hat Russland den Krieg gegen die Ukraine begonnen. Laut Kreml-Führung geht es dabei um nicht weniger als um die Schaffung einer neuen Weltordnung und um den Kampf gegen den „Faschismus“ im „Bruderland Ukraine“. Wie Umfrageergebnisse zeigen, befürworten rund 80 Prozent der Bevölkerung die sogenannte Spezialoperation.¹ Diese Zahl ist mit Vorsicht zu genießen, denn in einem Land mit derart restriktiven Gesetzen wie gegenwärtig in Russland sind aussagekräftige Umfragen zu diesem Thema nicht möglich, schließlich ist allein schon die Verwendung des Wortes „Krieg“ im Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Ukraine strafbar. Kritikerinnen und Kritikern drohen bis zu 15 Jahre Haft. Dennoch befürworten nicht wenige diesen Krieg. Angesichts der Bilder aus der Ukraine, die Europa täglich erreichen, stellen sich unweigerlich die Fragen, was die russische Staatsführung bewegt und warum Präsident Putin so viel Unterstützung aus der Gesellschaft erfährt.

Diese Unterstützung resultiert aus dem staatlich verordneten Patriotismus, in dem Geschichte einen zentralen Stellenwert einnimmt. Verbreitet wurde er in erster Linie über eine professionelle, jahrelang betriebene Propaganda in den Medien, doch auch die Geschichtspolitik spielt eine wesentliche Rolle. Unter Geschichtspolitik versteht man die öffentliche Indienstnahme von Geschichte für politische Zwecke, um eine mobilisierende, politisierende oder legitimierende Wirkung zu erzielen. Sie wird in jedem Staat betrieben, schließlich ist Geschichte ein wichtiges identitätsstiftendes gesellschaftliches Element. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes hat aber besonderen Charakter. Anders als in liberalen Demokratien wird die Vergangenheit aggressiv und jenseits der Tatsachen für nationalistische Zwecke instrumentalisiert.

Ein Blick auf den geschichtspolitischen Kampf der letzten zwei Jahrzehnte kann helfen, das Geschehen in Russland sowie das Weltbild der Menschen und nicht zuletzt der Staatsführung besser zu verstehen. Aus diesem Grund soll im Folgenden das der russischen Gesellschaft vermittelte Geschichtsbild und die Methoden der betriebenen Geschichtspolitik beleuchtet werden. Besonderes Augenmerk liegt auf der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg beziehungsweise den Großen Vaterländischen Krieg (GVK), also den Kampf der Sowjetunion gegen das nationalsozialistische Deutschland von 1941 bis 1945.

1. DIE „RUSSISCHE IDEE“²

Bald nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war sich die Staatsführung der fehlenden kollektiven Identität und des ideologischen Vakuums bewusst, das nach 1991 entstanden war. Ein Sowjetbürger musste sich die Frage nach seiner Identität nicht stellen, die Einheitsideologie schrieb genau vor, wie der „neue Mensch“ zu sein habe. Doch nun wurde der Begriff „Identität“ zu einer politischen Frage. Seit Anfang der 2000er-Jahre intensivierte die neue politische Führung die Bemühungen zur Identitätssuche für das postsowjetische Russland erheblich, wobei sie auch die emotionalen Bedürfnisse und Stimmungen der desillusionierten Gesellschaft bei ihrem neuen Kurs einkalkulierte. Denn ein Großteil der Menschen erlebte die neuerlangte Freiheit als einen sozialen Niedergang und trauerte der imperialen Größe der Sowjetunion nach.

Das entstandene geistige Vakuum wurde mit einem Konzept kollektiver staatsnationaler Identität gefüllt, das Wladimir Putin in seiner Millenniumbotschaft im Jahr 2000 formuliert hat. Diese Konzeption, die sogenannte „russische Idee“, beinhaltet drei klar definierte Punkte:

1. Patriotismus, verstanden als Stolz auf das Vaterland, seine Geschichte und Errungenschaften. Zu diesem Zeitpunkt sollte der Nationalstolz ausdrücklich als frei von Nationalismus und imperialen Ambitionen verstanden werden;
2. Russlands Großmachtcharakter, verstanden als Bewusstsein dessen, dass Russland aufgrund seiner geopolitischen, ökonomischen und kulturellen Bedeutung schon immer eine Großmacht war und immer sein wird;
3. Die Herrschaft des starken Staates, der im Gegensatz zu den westlichen Ländern keine Anomalie in Russland darstellt, sondern eine Quelle und Garantie der Ordnung ist, und der auch für den Prozess jeglicher Umwandlungen eine herausragende Rolle spielt.

Neben der Idee eines starken Staates ist es vor allem der „Patriotismus“, der für das gegenwärtige Konzept staatsnationaler Identität von enormer Bedeutung ist. Die Idee von der Identität, die auf dem Ruhm der Vergangenheit aufbaut, beinhaltet das Streben nach positiv besetzten und den „patriotischen“ Zusammenhalt fördernden Geschichtsbildern. Es geht nicht darum, die Vergangenheit umfassend aufzuarbeiten, sondern eine „brauchbare Vergangenheit“ aus positiv konnotierten Episoden zu konstruieren. In einem multiethnischen und multi-konfessionellen Staat wie Russland ist eine ruhmreiche Vergangenheit umso bedeutungsvoller, da sie einen wichtigen gemeinsamen Bezugspunkt darstellt. Sie erlaubt einerseits die verschiedenen Ethnien miteinander und andererseits das Volk mit dem Staat zu vereinen.

Wie eine Verbindung zwischen vorrevolutionärer und sowjetischer Identität konstruiert werden soll, zeigt beispielhaft der Rückgriff auf die Ereignisse des Jahres 1612. Am 4. November 2005 wurde als Ersatz für den bis dahin begangenen Revolutionsfeiertag der „Tag der Einheit des Volkes“ eingeführt, an dem nun alljährlich an das Ende der „Zeit der Wirren“³ erinnert wird. Angeblich wurde an diesem Tag Moskau durch die russische Volkswehr unter Führung des Kaufmanns Minin und des Fürsten Poscharski von den polnisch-litauischen Invasoren befreit.



Präsident Wladimir Putin und sein Vorgänger Boris Jelzin nach der Einführungsfeier auf den Stufen des Moskauer Kremls am 7. Mai 2000.

Dieser Festtag, der symbolisch für den Zusammenschluss des Volkes gegen die Fremdherrschaft und für die Wiedergeburt eines starken Zentralstaates unter der von da an regierenden Romanow-Dynastie steht, fügt sich somit geradezu ideal in die „russische Idee“ ein. Und folgerichtig erklärte Präsident Putin anlässlich der Einführung des neuen Feiertages auf einem Empfang im Kreml: „Es war ein Sieg patriotischer Kräfte, ein Sieg des Kurses auf die Stärkung des Staates durch Zentralisierung und Vereinigung aller Kräfte. Mit diesem heroischen Ereignis begann der geistige Aufbau einer souveränen Großmacht.“⁴

2. DER MYTHOS DES SIEGES

Demoskopische Erhebungen verdeutlichen, wie sehr auch heute noch die Erinnerung an die Kriegereignisse zwischen 1941 und 1945 das eigentliche Fundament einer kollektiven Identität bildet. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts FOM aus dem Jahr 2005 räumten über 90 Prozent der Befragten dem „Tag des Sieges“ besonders hohen Stellenwert in ihrem Jahresablauf ein;⁵ und auch im Jahr 2021 nannten laut VCIOM 69 Prozent der Befragten den 9. Mai den wichtigsten Feiertag des Landes.⁶ Die durchgehend hohen Zustimmungswerte in Meinungsumfragen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigen, dass in der russischen Bevölkerung die Erinnerung an den Krieg tief verankert ist.

Natürlich handelt es sich nicht um eine reale Erinnerung an den Alltag und die Schrecken des Krieges, denn sie wurde nach und nach aus dem Massenbewusstsein verdrängt. Seit dem Sturz von Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow im Oktober 1964 setzte die staatliche Geschichtspolitik darauf, nicht die Erinnerung der Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger an die grausame Realität des Krieges mit seinen anfänglich katastrophalen Niederlagen wachzuhalten, sondern sie über Schulen, Armee und Massenmedien auf den triumphalen Sieg zu fixieren. Der zu Lebzeiten Josef Stalins entstandene und unter Leonid Breschnew nach 1964 lancierte Kriegs- beziehungsweise Siegesmythos, der in den Jahren von Michail Gorbatschows Perestroika etwas differenziert wurde, erlebte nach 2000 eine Renaissance. Alljährlich werden die Feierlichkeiten mit einem sehr großen Aufwand begangen: Militärparade, Gedenkmarsch des Unsterblichen Regiments und Feuerwerk sind fester Bestandteil des Volksfestes. Der bisherige Mythos vom Großen Vaterländischen Krieg wurde insofern modifiziert, als dass anders als zuvor nunmehr auch „negative Wahrheiten“ in die staatliche Erinnerungskultur integriert wurden: etwa die Katastrophe der ersten Kriegstage, die Existenz sogenannter Absperrtruppen und die Behandlung der zurückgekehrten Kriegsgefangenen.

Weil die Erinnerung an den Sieg tief im kollektiven Gedächtnis verankert ist, und die Gesellschaft ihm enorme Wertschätzung entgegenbringt, ist es naheliegend, dass die Kreml-Führung sich ausgerechnet des Siegesmythos bedient, um die tragische, aber ruhmreiche Geschichte im Rahmen des Identitätskonzepts zu instrumentalisieren. Dabei wird weniger die Gewalt des Staates gegenüber seiner Bevölkerung als vielmehr die Einheit des Staates mit dem Volk angesichts der äußeren Gefahr unterstrichen, was letztlich zum Sieg 1945 führte. Das wiederum soll die Notwendigkeit eines starken Staates samt mächtigem Militär- und Geheimdienstapparat belegen, denn diese hätten zum Sieg gegen Hitler-Deutschland beigetragen. In der gegenwärtigen Interpretation wird ganz besonders die Rolle der Sowjetunion am Sieg hervorgehoben und zugleich das für das heutige Russland nach wie vor bestehende Recht abgeleitet, als Großmacht anerkannt zu werden, da man einst an der Seite der Westmächte gekämpft und vor allem die größten materiellen wie menschlichen Opfer zu beklagen hatte.

Ein derartig praktizierter Siegesmythos hat im Laufe der Zeit allerdings eine „Nebenwirkung“ gezeigt. Das Festhalten daran geschieht um den Preis der Bagatellisierung des im Namen der Staatsinteressen verübten stalinistischen Terrors. Dieser verschwindet hinter dem Heldenepos des Krieges. Der Diktator Josef Stalin wird in erster Linie als „weiser Staatsmann und



Biographischer Kalender Josef Stalins in einer Moskauer Buchhandlung.

Wirtschaftslenker“ in einer Epoche großer Errungenschaften reflektiert; es ist längst salonfähig geworden, sich als Stalinist zu bekennen.

Neben der schleichenden Rehabilitierung Stalins führte die Konzentration auf positiv konnotierte Episoden der eigenen Geschichte dazu, dass zusammen mit dem Nationalstolz auch alte Stereotype wiederbelebt wurden: Das Bild von Russland als von Feinden bedrohte orthodoxe Festung und Schutzmacht aller Slawen, die Vorstellung vom Westen als Quelle allen Unglücks, die Idee von der „fünften Kolonne“, die im Auftrag des Feindes agiert und das Land von innen zerstören will, und nicht zuletzt die Überzeugung von der Feindseligkeit oder zumindest der Undankbarkeit der Nachbarländer. Besonders in dem 2021 veröffentlichten Essay von Wladimir Putin über die historische Einheit der Russen und Ukrainer sowie in seiner Rede am 21. Februar 2022 anlässlich der Anerkennung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk findet man all diese Vorstellungen zusammengefasst wieder.

3. DIE GESCHICHTSPOLITIK DES ERSTEN JAHRZEHNTS

Die Umsetzung des neuen Identitätskonzepts wurde gezielt vorangetrieben. So wurde beispielsweise im Dezember 2000 die Melodie der sowjetischen Hymne, die 1944 von Stalin eingeführt worden war, in den Kanon russischer Staatssymbolik wieder aufgenommen. Es wurden neue militärische Feier- und Gedenktage eingeführt, wie etwa der bereits erwähnte „Tag der Einheit des Volkes“ am 4. November oder der „Tag des Verteidigers des Vaterlandes“ am 23. Februar.

Eingriff in die Bildungspolitik

Doch im Gegensatz zu heute dominierte in den 2000er-Jahren die Geschichte nicht die politischen und gesellschaftlichen Debatten. Die geschichtspolitischen Eingriffe betrafen in erster Linie die Bildungspolitik. Im Jahr 2001 wurde das „Programm zur patriotischen Erziehung der Bürger der Russischen Föderation“ beschlossen, das eine „militär-patriotische“ Erziehung vor allem der Kinder und Jugendlichen zum Ziel hatte und mittlerweile zum vierten Mal bis 2025 verlängert wurde. In den 1990er-Jahren existierte dieses Programm ebenfalls, war allerdings ausdrücklich „bürgerlich-patriotisch“ ausgerichtet. Ein Jahr später formulierte das Bildungsministerium formale Kriterien, nach denen alte Geschichtslehrbücher überprüft und neue verfasst werden sollten. Demnach sollte der Geschichtsunterricht als „wichtiger Faktor zur Konsolidierung der Gesellschaft dienen“ sowie „Patriotismus, Bürgersinn, nationales Selbstbewusstsein und historischen Optimismus fördern“.⁷ In der Praxis lief es auf ein Geschichtsbild hinaus, das unter dem Begriff „ausbalancierte Geschichte“ zusammengefasst werden kann. Bei der Darstellung des Stalinismus wird es besonders deutlich: Der Terror als wichtigstes Instrument wird ausführlich geschildert und auch schwierige Themen wie etwa die Kollaboration im Zweiten Weltkrieg und die Hungersnot der 1930er-Jahre werden angesprochen. Die Gewalt gegenüber der eigenen Bevölkerung wird aber – angesichts der vermeintlich drohenden „äußeren Gefahr“ – als historisch notwendiges und alternativloses Mittel zur Lösung staatlicher Aufgaben dargestellt. Der Sieg im Zweiten Weltkrieg und der Aufstieg der UdSSR zur Supermacht – diese beiden Punkte stellen alles Negative des Stalinismus in den Schatten. Diese „ausbalancierte“ Deutung der Vergangenheit dominierte auch die politische Rhetorik der Kreml-Führung in jener Zeit.

Für scharfe Diskussionen in der Öffentlichkeit wie auch in der Fachwelt sorgte 2007 die Einführung des sogenannten Filippow-Handbuchs, ein von der Präsidentialadministration angeregtes methodisches Hilfswerk für Lehrerinnen und Lehrer. Kritisiert wurde nicht nur die neue Geschichtsdeutung im Allgemeinen, sondern auch die Darstellung Putins als wahrer Heilsbringer für Russland und die unzureichende Beteiligung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die darin enthaltene Interpretation des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 zeigt geradezu beispielhaft die neue Geschichtsdeutung des Kremls: „Die These der Kritiker des Paktes, die die ‚Amoralität‘ der Entscheidung über das Schicksal der Länder im Zusatzprotokoll verurteilen, kann man ziemlich leicht mit Beispielen widerlegen, denn die ‚demokratischen‘ Staaten England und Frankreich haben gemeinsam mit Deutschland ebenso die Schicksale der

Völker manipuliert (Münchener Abkommen und so weiter). Hier [im Unterricht – A.K.] müsste man unterstreichen, dass die Bedeutung dieses Dokumentes in etwas anderem liegt – die UdSSR begann nun neben den anderen europäischen Großmächten an der Entscheidung über das Schicksal anderer Völker teilzunehmen.“⁴⁸

Regierungsnahe NGOs

Bis 2022 beanspruchte die Staatsführung – anders als etwa in sowjetischen Zeiten – keinesfalls öffentlich ein allgemein verbindliches Meinungsmonopol für die Geschichtsdeutung. Umso interessanter sind daher die neuen geschichtspolitischen Maßnahmen, die der Staat einsetzte, um seinen Grundüberzeugungen möglichst weitreichend Geltung zu verschaffen. Er bediente sich vermeintlich unabhängiger Stiftungen, die sich in der Geschichtspolitik engagieren und dabei großzügig, aber verdeckt vom Staat unterstützt werden. Als Beispiel ist die Stiftung „Historisches Gedächtnis“ zu nennen. Sie leistet aktive Bildungs- und Forschungsarbeit, entfaltet eine rege Publikationstätigkeit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter treten regelmäßig als Expertinnen und Experten in den Medien auf. Inhaltlich sieht sie ihre Hauptaufgabe darin, die russische und osteuropäische Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erforschen und sich im „Widerstand gegen die Falsifizierung und politisch motivierte Geschichtsverzerrung auf dem postsowjetischen Territorium zu profilieren.“⁴⁹

Ein Blick auf die von der Stiftung herausgegebenen Publikationen macht jedoch deutlich, dass es sich in erster Linie um die „Bekämpfung“ der nicht Kreml-konformen Diskurse zur osteuropäischen Zeitgeschichte handelt. Wie die Forschungsarbeit funktioniert und instrumentalisiert wird, verdeutlicht die Publikation eines Werkes über die Politik der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) gegenüber Jüdinnen und Juden aus dem Jahr 2009. In dieser durchaus kritischen Darstellung, die den historischen Zusammenhängen, sprich der Beteiligung der UPA am Holocaust, weitgehend gerecht wird, nutzt der Autor Alexander Djukow die Gelegenheit, geschichtliche Erkenntnisse für politische Überzeugungen zu instrumentalisieren, indem er die UPA generell als eine verbrecherische Organisation stigmatisiert. Dabei zieht der Verfasser ungewöhnlich viele Dokumente aus dem Archiv des russischen Geheimdienstes FSB heran und präsentiert sie nach eigenen Angaben erstmals der Öffentlichkeit.

Die Tätigkeit derartiger Stiftungen hat durchaus Einfluss auf das Geschichtsbild der Menschen. Während solide Werke zur Geschichte außerhalb der Fachkreise unbekannt bleiben, sind solche Stiftungen in den Medien wie auf dem Buchmarkt aktiv. Ihre Werke erscheinen in hohen Auflagen und können günstig bis kostenlos bezogen werden. Gerade in den letzten Monaten sind sie in den Medien sehr präsent und bieten der Staatspropaganda historische Argumente für die vermeintliche Richtigkeit der Politik der Kreml-Führung, vor allem bei der Rechtfertigung des Angriffs auf die Ukraine.

Die „Falsifizierungskommission“

Die zweite Hälfte der 2000er-Jahre war durch mehrere „Erinnerungskriege“ im postsowjetischen Raum geprägt. Der russisch-baltische Konflikt etwa entzündete sich an der Frage, wie die „richtige“ Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg auszusehen habe und wie der Hitler-Stalin-Pakt gedeutet werden müsse. Während die baltischen Staaten ihre frühere Zugehörigkeit zur Sowjetunion bis heute als eine zweite Okkupation ansehen, lehnt Russland diese Interpretation ab und betont die sowjetische Rolle bei der Befreiung der Gebiete vom Nationalsozialismus. Im Jahr 2007 kam es in Tallin sogar zu Straßenschlachten, als die estnische Regierung die Demontage und Verlagerung eines sowjetischen Ehrenmals vom Stadtzentrum auf einen Militärfriedhof verordnete. Zwischen Russland und der Ukraine entbrannte im gleichen Zeitraum ein Streit über die historische Interpretation des Golodomor, der Hungersnot der 1930er-Jahre, der in weiten Teilen Russlands, der Ukraine und Kasachstans mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen. Während die Ukraine die Erinnerung an die Hungersnot zu einem Bestandteil einer neuen ukrainischen Identität zu machen versucht und ihre internationale Anerkennung als Völkermord fordert, lehnt Russland dies mit dem Argument ab, die stalinistische Kollektivierungspolitik als Ursache sei keinem ethnischen Prinzip gefolgt.

Doch für die größte Empörung sorgte in Moskau die Tatsache, dass Mitglieder der ukrainischen Aufständischen Armee, die für die Unabhängigkeit der Ukraine gegen die Sowjetunion gekämpft und mit Deutschland kollaboriert hatten, von der ukrainischen Regierung mit Ehrentiteln ausgezeichnet wurden. Schließlich ist der russisch-polnische Konflikt zu nennen, bei dem vor allem die Deutung des Hitler-Stalin-Paktes mit seinem Geheimen Zusatzprotokoll, das für Polen faktisch eine vierte Teilung des Landes bedeutete, eine große Rolle spielt. Zu den Hauptstreitpunkten gehört aber auch die Ermordung von mehr als 20.000 Polinnen und Polen im Wald von Katyn im Jahr 1940 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD. Dieses Ereignis belastet das bilaterale Verhältnis bis heute, da die Aufklärung und wissenschaftliche Aufarbeitung trotz mehrfacher Absichtserklärungen nicht vorangetrieben wird.

Im Zuge dieser geschichtspolitischen Konflikte wurde in Russland die Forderung nach einer Institution laut, die in den Auseinandersetzungen um die kommunistische Vergangenheit und um die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, die als Falsifizierung der Geschichte wahrgenommen und als Gefahr empfunden werden, der Gegenseite entschieden Paroli bieten kann. Ein solches Gremium wurde 2009 gebildet, nämlich die „Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Abwehr von Versuchen der Geschichtsfalsifizierung zum Nachteil der Interessen Russlands“. Unter den 28 Mitgliedern befanden sich nur fünf Historiker, alle anderen waren hohe Beamtinnen und Beamte der Ministerien, der Sicherheitsdienste und der Präsidentsverwaltung. Obwohl die Gründung dieser Kommission im In- und Ausland scharf kritisiert worden war, hatten die Ergebnisse ihrer dreijährigen Tätigkeit keine weitreichende Wirkung. Die befürchteten Eingriffe in die Wissenschaft sind ausgeblieben, denn die Kommission besaß keine bindenden Vollmachten, sondern lediglich eine beratende Funktion. Ihre Tätigkeit beschränkte sich im Wesentlichen auf die historische Bildung an Schulen und Hochschulen in Russland und auf die „Abwehr der Falsifizierungsversuche“ im postsowjetischen Raum. In Zusammenarbeit mit der Kommission wurden zahlreiche Analysen und ehemals geheime Dokumente zu strittigen Fragen des 20. Jahrhunderts publiziert und als Antwort auf vermeintliche Geschichtsfalsifikationen angeboten. Besonders die bereits erwähnten Kreml-nahen historischen Stiftungen waren daran aktiv beteiligt.



Wladimir Putin im April 2010 bei der Gedenkveranstaltung in Katyn – inzwischen verschweigt er das Massaker, etwa in seinem Artikel von 2020.

Im Jahr 2012 wurde die Kommissionsarbeit eingestellt. Ihre Publikationen mit Gegenargumenten und oftmals Gegenbeschuldigungen waren für die Beilegung der Konflikte eher hinderlich. Die Auflösung des Gremiums war vor allem bedingt durch die verbesserten Beziehungen und den versöhnlichen Ton zwischen Russland, Lettland, aber vor allem Polen in den Jahren 2009 bis 2012. Dies zeigte sich zum einen in der politischen Rhetorik, denn Präsident Dmitri Medwedew und Premierminister Putin äußerten sich in dieser Zeit regelmäßig zu einer Reihe brisanter Fragen der sowjetischen Geschichte aus einer klar antistalinistischen Position. Zum anderen trugen konkrete Maßnahmen dazu bei, etwa die Bildung von gemeinsamen Historikerkommissionen oder die Übergabe von ehemals geheimen Archivdokumenten zum Fall „Katyn“ an Polen.

4. VERSCHÄRFUNG DES GESCHICHTSPOLITISCHEN KAMPFES

Nach den Massenprotesten im Jahr 2011/12, die durch zahlreiche Wahlfälschungen ausgelöst und gegen Wladimir Putin und seine Partei Einiges Russland gerichtet waren, galt es, eine neue, tiefergehende Legitimation des Regimes zu finden und das Land um den Kreml herum zu konsolidieren. Zu diesem Zweck wurden alte Feindbilder verstärkt beschworen, allen voran des feindlichen Westens, und es kam zu weiteren Freiheitseinschränkungen. So wurde beispielsweise 2012 das Gesetz über ausländische Agenten eingeführt, das den NGOs, den Medien und mittlerweile auch Privatpersonen, die ausländische Mittel erhalten, die Arbeit erheblich erschwert beziehungsweise sie teilweise unmöglich macht. Diese innenpolitische Entwicklung wirkte sich auch auf die staatliche Geschichtspolitik aus. Zum einen wurde der Ton der Auseinandersetzungen allgemein schärfer und die Maßnahmen restriktiver, zum anderen wurde der Kult um den Sieg im Zweiten Weltkrieg weiter intensiviert.

Die verstärkte Bemühung des Siegesmythos hängt auch mit der zunehmenden Entfremdung des sogenannten nahen Auslandes zusammen, die in den letzten Jahrzehnten ungeachtet des zwischenzeitlichen versöhnlichen geschichtspolitischen Kurses stattfand. Die ehemaligen Sowjetrepubliken befinden sich immer noch im Prozess der Identitätsbildung, die unter anderem durch die Abgrenzung von der sowjetischen Vergangenheit vollzogen wird. Russland betrachtet diese Länder jedoch weiterhin als seinen Einflussbereich und so bemüht sich der Kreml, die gemeinsame Erinnerung an die ruhmreiche Geschichte, vor allem natürlich an den Sieg im Zweiten Weltkrieg, als konsolidierende Kraft für den postsowjetischen Raum einzusetzen. Nicht zufällig hielt Wladimir Putin am 20. Dezember 2019 auf einem Gipfel der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) in Sankt Petersburg vor seinen Amtskollegen eine Rede über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und schlug vor, eine gemeinsame Historikerkommission aller GUS-Staaten zu schaffen.

Die Intensivierung des Siegesmythos hängt aber auch damit zusammen, dass jene Generation, die den Krieg erlebt und das historische Gedächtnis der Gesellschaft durch ihre Erzählungen über Jahrzehnte hinweg gespeist hat, schwindet. Und so wurde die Geschichtspolitik bei Fragen rund um dieses Thema gerade deswegen aktiviert, weil die Erinnerung an das wichtigste identitätsstiftende Element der Gesellschaft schwinden könnte, und weil trotz der ideologischen Arbeit die Konsolidierung der Gesellschaft anscheinend nicht im gewünschten Maße erreicht wurde.

Im Einzelnen äußerte sich der verschärfte geschichtspolitische Kurs erwartungsgemäß wieder in der Bildungspolitik. Im Jahr 2016 wurde ein einheitliches Konzept für die Geschichtsschulbücher eingeführt und die Anzahl der zugelassenen Bücher deutlich reduziert. Neu daran war die Übernahme multiethnischer Narrative. Doch der neue Ansatz erinnerte eher an die Geschichte russischer „Zivilisierungsmissionen“. Es wurden außerdem im Rahmen des Pro-



Bus mit dem Porträt von Josef Stalin, Sankt Petersburg 2010. Die sogenannten stalinobusy fahren bis heute jedes Jahr im Mai in verschiedenen Regionen Russlands.

gramms zur patriotischen Erziehung zahlreiche militärhistorische Gesellschaften gegründet, die sich stark in der Bildungsarbeit engagieren, indem sie etwa Geschichte zum Erleben in Form von Reenactments anbieten. Dabei sollen sich gerade junge Menschen als Teil einer siegreichen Großmacht sehen können.

Gleichzeitig wurden jene Erinnerungsorte zum Verschwinden gebracht, die nicht ins Bild einer ruhmreichen Vergangenheit passen. So wurden beispielsweise 2020 in Twer auf Anordnung der Gebietsstaatsanwaltschaft zwei Gedenktafeln am Gebäude der Medizinischen Universität entfernt. Die eine Tafel erinnerte an 6.000 polnische Kriegsgefangene, die in dem Gebäude erschossen

wurden; die andere Tafel ist allgemein den Opfern des stalinistischen Terrors gewidmet, die an diesem Ort ermordet wurden. Die größte und wichtigste Menschenrechtsorganisation „Memorial International“, die sich auch mit der historischen Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen beschäftigt hat und auf deren Initiative hin ein Gedenktag und zahlreiche Gedenkort geschaffen wurden, wurde Ende 2021 verboten und aufgelöst. Angeblich habe die Organisation gegen das Gesetz über ausländische Agenten verstoßen. Das Verbot hängt jedoch in erster Linie damit zusammen, dass „Memorial“ eine Keimzelle der Zivilgesellschaft in Russland war. Dass dadurch nun die Erinnerung an die weniger glorreichen Seiten der Vergangenheit zunehmend erschwert wird, ist durchaus im Sinne der Kreml-Führung.

Eine auffällige Entwicklung der letzten Jahre ist die Tatsache, dass die Staatsführung, etwa Außenminister Sergei Lawrow, Kulturminister Wladimir Medinski und allen voran Wladimir Putin selbst, sich mündlich wie schriftlich verstärkt zu historischen Themen äußern und dadurch die Deutungshoheit beanspruchen, was zumindest teilweise das Geschichtsbild der Menschen beeinflusst. Die Verweise auf die Geschichte werden einerseits als Argumente für restriktive Gesetze herangezogen, wenn es gelte, das eigene Land gegen den zerstörerischen Einfluss des Westens zu verteidigen. Andererseits werden Rückgriffe auf die Vergangenheit genutzt, um außenpolitische Entscheidungen zu rechtfertigen. Als Beispiel sei der Artikel des Außenministers Lawrow aus dem Jahr 2016 für die Zeitschrift *Russia in Global Affairs* genannt mit der Kernaussage, die Geschichte habe Russlands besondere Rolle und seine Bedeutung für Europa mehrfach bewiesen. Auch Wladimir Putins vielbeachteter Essay über die historische Einheit der Russen und Ukrainer von 2020 legitimiert den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine mit dem Verweis auf gemeinsame Wurzeln, auf historische Ungerechtigkeit, aber auch auf die Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg.



Besucher im Freizeitpark „Patriot“ in Kubinka bei Moskau inspizieren einen russischen Panzer T-72.

Abermaliger Kampf gegen das Falsifizieren der Geschichte

Seine Bemühungen, den „Falsifizierungen“ entgegenzuwirken, zeugen davon, dass das Bewahren der im Sinne des Kremls „richtigen“ Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg Priorität genießt. Dabei geht es im Wesentlichen um die Frage, wer die Verantwortung für den Kriegsausbruch trägt, wie der Hitler-Stalin-Pakt zu interpretieren ist und wie das Verhalten unterschiedlicher Staaten während des Krieges bewertet wird. So wurde im April 2014 das Strafgesetzbuch um einen Artikel „Rehabilitierung des Nazismus“ erweitert. Das Gesetz kriminalisiert unter anderem die Verbreitung von „wissentlich falscher Information über die Tätigkeiten der UdSSR während des Zweiten Weltkrieges“ und von „Informationen über die Tage des Militärruhms [...], die eine offensichtliche Respektlosigkeit gegenüber der Gesellschaft ausdrücken“.¹⁰

Das so zweideutig formulierte Gesetz erschwert in Kombination mit dem wachsenden Siegeskult eine seriöse Forschung über diesen Abschnitt der sowjetischen Geschichte wesentlich. Darüber hinaus bietet er der Staatsmacht große Interpretationsspielräume und erlaubt generell gegen die Meinungsfreiheit vorzugehen, wie das Beispiel des Kreml-kritischen Fernsehsenders *Doschd* zeigt. Zum Jahrestag der Leningrader Blockade veranstaltete der Sender eine Talkshow und fragte auf seiner Internetseite, ob die Stadt 1944 nicht hätte aufgegeben werden sollen, um Hunderttausende Leben zu retten. Nach einer Hetzkampagne aus dem linken und rechten politischen Milieu hat einer der wenigen unabhängigen Sender seine Sendefrequenz verloren.

Der erste Entwurf des Gesetzes stammte aus dem Jahr 2009 und wurde trotz mehrmaliger Überarbeitung abgelehnt. Dass es 2014 doch angenommen wurde, hängt wesentlich mit dem politischen Machtwechsel in der Ukraine im Februar 2014 zusammen. In der russischen Lesart

sollen beim Machtwechsel und den darauffolgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen allein die radikal nationalistische Partei Prawy Sektor und die nationalistische Swoboda eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Während diese im Westen der Ukraine als Helden von heute und Fortführer des in den 1940er-Jahren begonnenen Unabhängigkeitskampfes gegen die Sowjetmacht gefeiert werden, gelten sie in der Ostukraine – inzwischen dürfte sich die Einstellung geändert haben, belegen lässt es sich bisher noch nicht – und vor allem in Russland zumeist als „Faschisten“, deren Vorfahren im Krieg mit den Nazis kollaboriert haben. Dies wiederum instrumentalisierte die Staatsführung in einer professionellen Propagandakampagne, um den Sturz des prorussischen Regimes in Kiew gezielt als einen faschistischen Putsch darzustellen. Insofern sah Russland in der Situation sowohl seine strategischen Positionen als auch seine erinnerungspolitischen Interessen gefährdet, weil dadurch ein wichtiges Integrationselement im post-sowjetischen Raum geschwächt werden könnte.

Schließlich wurde der Kampf gegen die Verfälschung der Geschichte sogar in der Verfassung festgeschrieben. In dem 2020 aufgenommenen Passus heißt es: „Die Russische Föderation, geeint durch ihre tausendjährige Geschichte, bewahrt die Erinnerung an die Vorfahren, die uns ihre Ideale und den Glauben an Gott weitergegeben haben, sowie die Kontinuität in der Entwicklung des russischen Staates. Sie erkennt die historisch gewachsene Einheit an. [...] Die Russische Föderation ehrt das Andenken an die Verteidiger des Vaterlandes und trägt Sorge für eine Verteidigung der historischen Wahrheit. Die Herabsetzung der Bedeutung des heldenhaften Einsatzes des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes ist unzulässig.“¹¹ Diese Ergänzung wurde nicht zuletzt unter dem Eindruck der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 verabschiedet. Die Resolution setzt den Nationalsozialismus gleich mit dem Sowjetkommunismus und bezeichnet den Hitler-Stalin-Pakt als Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges. Nicht nur die Staatsführung, sondern auch die Mehrheit der Bevölkerung begriff die Beschuldigung, diesen Krieg gemeinsam mit dem nationalsozialistischen Deutschland begonnen zu haben, als inakzeptablen Affront.

Als Reaktion wurde 2020 der Bau eines Archivzentrums für die umfangreichste Sammlung von Dokumenten zum Zweiten Weltkrieg angekündigt. Damit wollte Putin „denen den Mund stopfen, die versuchen, die Geschichte zu verdrehen, sie in falschem Licht erscheinen zu lassen und die Rolle unserer Väter, unserer Großväter und unserer Helden zu schmälern, die bei der Verteidigung ihrer Heimat und praktisch der ganzen Welt gegen die braune Pest, den Nationalsozialismus, umgekommen sind“¹².

Das Unsterbliche Regiment

Die Feiern zum Jahrestag des Sieges sind seit 1965 ein fester Bestandteil der sowjetischen und postsowjetischen Gedenkkultur. Seit 2012 wird in Russland neben der obligatorischen Militärparade ein neues öffentliches Ritual begangen, nämlich der „Marsch des Unsterblichen Regiments“. Die Menschen ziehen durch die Stadt und tragen die vergrößerten Fotos ihrer Angehörigen, die am Großen Vaterländischen Krieg teilgenommen haben. Initiiert wurde es von Journalistinnen und Journalisten aus Tomsk, die den Feiertag als oberflächlich und kommerzialisiert empfanden und die die familiäre Erinnerung wiederbeleben wollten. Die Idee wurde vielerorts in Russland und sogar im Ausland aufgegriffen. Bereits 2015 nahmen zwölf Millionen Menschen in ganz Russland an diesem Marsch teil, sogar Präsident Putin persönlich schloss



Der Marsch des Unsterblichen Regiments in Moskau am 9. Mai 2019.

sich dem Ritual mit einem Bild seines Vaters an. Der Staat hat schnell das Potential erkannt und instrumentalisiert. Indem der Präsident sich als ein Mann aus dem Volk in die Gemeinschaft einreicht und in der politischen Rhetorik in diesem Zusammenhang Adjektive wie „volkstümlich“ und „völkerverbindend“ verwendet werden, soll das Gefühl einer konsolidierten Gemeinschaft um einen starken Führer, beinahe ein Familienoberhaupt, entstehen. Und außenpolitisch wird der Marsch des Unsterblichen Regiments, das zuletzt in über 40 Ländern stattfand, nun genutzt, um Russlands Landsleute im Kampf für die Bewahrung des historischen Gedächtnisses zu mobilisieren und anderen Interpretationen des Krieges entgegenzutreten.

Dass diese Bewegung so umfangreich wurde, hängt teilweise mit dem seit Mitte der 2000er-Jahre verbreiteten Mythos zusammen, der Westen leugne die Rolle der Sowjetunion beim Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und rehabilitiere den Faschismus. Dieser sei nach dem Zweiten Weltkrieg in den postsowjetischen Raum transportiert worden, um die Länder dem Einfluss Russlands zu entziehen. Russland wird dagegen als globale Führungsmacht der antifaschistischen Kräfte dargestellt. In dieser Logik erscheint der Soldat der Roten Armee als gemeinsamer Vorfahr aller Völker des postsowjetischen Raumes und soll den Moskauer Einflussanspruch in diesem Raum rechtfertigen. Die einst als harmlose Gesellschaftsinitiative begonnene Bewegung entwickelte sich somit durch die staatliche Einmischung innerhalb weniger Jahre zu einem militärisch-patriotischen Volksfest und wird dazu genutzt, die Legitimität außenpolitischer Entscheidungen, und sogar die des Krieges, zu untermauern.

FAZIT

Im Park „Patriot“ bei Moskau wurde im Juni 2020 die neue „Hauptkirche der Streitkräfte Russlands“ geweiht, deren Altarstufen aus dem Metall erbeuteter Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg gegossen wurden. Dieses Bild ist auf den ersten Blick verstörend und doch bringt es die nationale Idee Russlands und den herrschenden imperialen, militärischen, bedrohungs-zentrierten Diskurs auf den Punkt.



Mosaik an den Wänden der Kathedrale der Streitkräfte in Kubinka bei Moskau.

In demokratisch-liberal verfassten Gesellschaften ist Geschichtspolitik zumeist das Ergebnis öffentlicher Diskurse. Im Gegensatz dazu scheut die Staatsführung im heutigen Russland keine administrativen oder finanziellen Mühen, um das offizielle Geschichtsbild und die erwünschte Interpretation gerade über die jüngste Vergangenheit in der Gesellschaft durchzusetzen. In dem Maße, wie das Regime zunehmend autokratische Züge annahm, wurde auch der geschichtspolitische Kampf verschärft. Die russische Geschichtspolitik der letzten 20 Jahre lässt sich zusammenfassend mit der Formulierung „Stolz statt Wahrheit“ beschreiben. Sie ist der Idee eines starken Staates verpflichtet, der auf Staatspatriotismus basiert und auf eine ruhmreiche Vergangenheit blicken soll. Daher ist die Kreml-Führung vornehmlich darum bemüht, ihrer heterogenen Gesellschaft eine neue russisch-sowjetische Identität anzubieten, um angesichts des Mangels an gemeinsamen Werten die Bevölkerung unter dem Dach des Patriotismus zu einen.

Darüber hinaus geht es um die Legitimierung des gegenwärtigen autoritären politischen Kurses. Durch Rückgriffe auf ausgewählte Episoden der Geschichte soll der Bevölkerung plausibel vermittelt werden, dass Russland lediglich als Großmacht mit einer entschlossenen Führungsfigur an der Spitze erfolgreich gewesen sei und auch weiterhin sein könne.

Es ist daher nur folgerichtig, dass im Zuge dieser Entwicklung der Krieg und der Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland verstärkt mythologisiert wurde. Er wurde zu einem Gründungsmythos des modernen Russlands erklärt. Aufgrund der starken familiären Erinnerung an die sehr hohen Opferzahlen verfügt der Siegesmythos über ein

erhebliches Mobilisierungspotential in der Gesellschaft. Zusammen mit der Wiederbelebung alter Feindbilder und der Vorstellung von der Leugnung des sowjetischen Sieges im Westen entwickelte der Mythos allerdings eine gefährliche Tendenz, nämlich, dass die abweichende Interpretation der Vergangenheit in die Vorstellung einer nationalen Erniedrigung und folglich existentiellen Bedrohung umgeformt wird.

In zahlreichen Analysen aus den Jahren vor 2022 haben Historikerinnen und Historiker sowie Politologinnen und Politologen davor gewarnt, dass der ständige Blick in die Vergangenheit in Russland den Wunsch, an die früheren militärischen Erfolge anzuknüpfen, befördern könnte. Diese Voraussagen haben sich bewahrheitet. Die aggressive Rhetorik der politischen Führung und der Propaganda in den Medien sowie die massiven Freiheitseinschränkungen im Land seit Kriegsbeginn bestätigen die Befürchtung, dass Russland nicht zurückweichen wird und dass seine Drohungen ernst zu nehmen sind.

-
- 1 Konflikt s Ukrainoj, 31.3.2022: <https://www.levada.ru/2022/03/31/konflikt-s-ukrainoj/> (letzter Zugriff: 22.8.2022).
 - 2 Im Russischen wird zwischen den Begriffen „russkij“ (auf das russische Volk bezogen) und „rossijskij“ (die gesamte Staatlichkeit betreffend, die eine Vielzahl von Ethnien vereint) differenziert. Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird im Text auf die Verwendung der genaueren Übersetzung „rusländisch“ verzichtet.
 - 3 Die „Zeit der Wirren“, auf Russisch „smuta“, war eine Phase der russischen Geschichte im frühen 17. Jahrhundert, in der das Land wegen einer sozialen und dynastischen Krise zu zerfallen drohte und von einem polnisch-litauischen Heer okkupiert war.
 - 4 Putin, Vladimir: Vystuplenie na toržestvennom prieme, posvjaščennom dnju narodnogo edinstva, 4.11.2005, in: Ders.: Izbrannye reči i vystuplenija, Moskva 2008, S. 304–306, hier S. 304.
 - 5 Russland-Analysen Nr. 64 (2005), S. 6, <https://laender-analysen.de/russland-analysen/64/RusslandAnalysen64.pdf> (letzter Zugriff: 22.8.2022).
 - 6 VCIOM vyjasnil, skol'ko rossijan primut učastie v toržestvach v Den' Pobedy, 7.5.2021, <https://ria.ru/20210507/prazdnik-1731408712.html?ysclid=l74gsp8opb508392095> (22.8.2022).
 - 7 Zit. nach Anna Becker: Mythos Stalin. Stalinismus und staatliche Geschichtspolitik im postsowjetischen Russland der Ära Putin, Berlin-Brandenburg 2016, S. 48.
 - 8 Zit. nach ebd., S. 60.
 - 9 Zit. nach ebd., S. 76.
 - 10 Zit. nach ebd., S. 125.
 - 11 Popravki v Konstituciju Rossii 2020 goda: polnyj tekst, <https://constitutionrf.ru/popravki-ot-14-03-2020>, (29.4.2022).
 - 12 Zit. nach Kolesnikov, Andrej: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes, in: Osteuropa 6/2020, S. 3–28, hier S. 20.

LITERATUR

B Bachmann, Klaus: Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik und Außenpolitik in Polen, in: Osteuropa 3–5/2018, S. 413–434.

Becker, Anna: Mythos Stalin. Stalinismus und staatliche Geschichtspolitik im post-sowjetischen Russland der Ära Putin, Berlin 2016.

Bürger, Philipp: Geschichte im Dienst für das Vaterland. Traditionen und Ziele der russländischen Geschichtspolitik seit 2000, Göttingen 2018.

F Fedor, Julie: Russlands „Unsterbliches Regiment“. Der Staat, die Gesellschaft und die Mobilisierung der Toten, in: Osteuropa 5/2017, S. 61–85.

G Gloger, Katja: Putins Welt: Das neue Russland, die Ukraine und der Westen, Berlin 2015.

H Hausmann, Guido/Penter, Tanja: Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie, in: Osteuropa 9–10/2014, S. 35–50.

K Kolesnikov, Andrej: Erinnerung als Waffe. Die Geschichtspolitik des Putin-Regimes, in: Osteuropa 6/2020, S. 3–28.

Konflikt s Ukrainoj, 31.3.2022. <https://www.levada.ru/2022/03/31/konflikt-s-ukrainoj/> (letzter Zugriff: 22.8.2022).

L Lavrov, Sergej: Istoričeskaja perspektiva vnešnej politiki Rossii, in: Russia in Global Affairs, 3.3.2016, <https://eng.globalaffairs.ru/articles/russias-foreign-policy-in-a-historical-perspective-2/> (letzter Zugriff: 29.4.2022).

P Popravki v Konstituciju Rossii 2020 goda: polnyj tekst. <https://constitutionrf.ru/popravki-ot-14-03-2020> (letzter Zugriff: 29.4.2022)

Putin, Vladimir: Rossija na rubeže tysjačletij, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 30.12.1999.

Putin, Vladimir: Vystuplenie na toržestvennom prieme, posvjaščennom dnju narodnogo edinstva, 4.11.2005, in: Ders.: Izbrannye reči i vystuplenija, Moskva 2008, S. 304–306.

Putin, Vladimir: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, in: Osteuropa 7/2021, S. 51–66.

Putin, Vladimir: Obraščenie Prezidenta Rossijskoj Federacii, 21.2.2022, in: <http://kremlin.ru/events/president/news/67828> (letzter Zugriff: 29.4.2022).

- R Roginskij, Arsenij:** Erinnerung und Freiheit. Die Stalinismus-Diskussion in der UdSSR und Russland, in: Osteuropa 4/2011, S. 55–69.
- Russland-Analysen Nr. 64 (2005).** <https://laender-analysen.de/russland-analysen/64/RusslandAnalysen64.pdf> (letzter Zugriff: 22.8.2022).
- S Stewart, Susan:** Geschichte als Instrument der Innen- und Außenpolitik am Beispiel Russlands. Wie die Gegenwart die Vergangenheit *beeinflusst*. SWP-Studie 22, Berlin 2020.

Impressum

Die Autorin

Anna Kim, M. A., ist Historikerin und wissenschaftliche Referentin in der Abteilung Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihr Schwerpunkt ist die russische Zeitgeschichte.

Ansprechpartner

PD Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © Mos.ru, Immortal Regiment in Moscow (2019) 02, Farbverlauf von KAS, CC BY 4.0

Der Marsch des Unsterblichen Regiments am 9. Mai 2019 in Moskau.

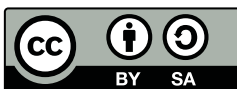
Bildnachweise:

S. 6, 8, 18: © picture alliance; S. 12: © picture alliance/dpa; S. 14, 17: © Wikimedia Commons; S. 15: © AFP

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-098-7